

Strategien und Strukturen parlamentarischer Repräsentation einer antiparlamentarischen Partei: die Reichstagsfraktion der NSDAP 1928-1933

Best, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Best, H. (2008). Strategien und Strukturen parlamentarischer Repräsentation einer antiparlamentarischen Partei: die Reichstagsfraktion der NSDAP 1928-1933. *Historical Social Research, Supplement*, 20, 103-119. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-191757>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Strategien und Strukturen parlamentarischer Repräsentation einer antiparlamentarischen Partei Die Reichstagsfraktion der NSDAP 1928-1933

*Heinrich Best**

Abstract: Best überprüft die William-Brustein-Hypothese, dass sich die Mobilisierungserfolge der NSDAP vor 1933 als das Ergebnis ihres Appells an die materiellen, genauer: ökonomischen Interessen großer Teile der Bevölkerung ergaben, während „irrationale“ Stimuli, die er mit den Topoi Antisemitismus und extremer Nationalismus verbindet, nach diesem Argument nur eine „marginale Bedeutung“ für den Aufstieg des Nationalsozialismus besaßen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob auch auf der Ebene parlamentarischer Interessenrepräsentation jene ökonomisch instrumentierte Mobilisierungsstrategie ihren Niederschlag hinterlassen hatte. Insbesondere soll geklärt werden, ob bei der Rekrutierung der Abgeordneten der NSDAP-Fraktion Strategien symbolischer Interessenrepräsentation wirksam wurden, die auf die Spezialklientele nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik zielten: Landwirte, kleine Selbständige und Arbeiter.– Die empirische Grundlage der Untersuchung bildet eine Sozialdemographie der Reichstagsabgeordneten in den Jahren zwischen 1918 und 1933, bei der speziell solche Indikatoren ausgewählt wurden, die auf ihre Verbindung mit den Interessensphären des Wirtschaftssystems und die Art ihres Anschlusses an die Apparate der Parteiorganisationen hindeuten.– Cum grano salis unterstützen die Ergebnisse einer Strukturanalyse der NSDAP-Reichstagsfraktion Brusteins „ökonomische Interpretation“ der NSDAP-Mobilisierungserfolge nach 1928.

Die kontroverse Diskussion um die Thesen Daniel Goldhagens hat auch der alten Frage nach den Gründen für die eskalierenden Mobilisierungserfolge der Nationalsozialisten vor 1933 eine neue Aktualität verliehen. Wenn es zutrifft, daß es in Deutschland eine breite Zustimmung zu einem Programm antisemitischer Verfolgung gegeben hat, das in der Unterstützung für die NSDAP seinen politischen Ausdruck fand, dann wären „Hitlers Wähler“ direkte Vorläufer und bewußte Wegbereiter von „Hitlers willigen Vollstreckern“ gewesen. Die wachsenden Stimmenanteile der NSDAP in den letzten freien Wahlen der Weimarer Republik könnten dann in der Tat als Indikatoren für das Ausmaß manifester Neigung der Deutschen zu einem in der Anlage und in den Konsequenzen

* Reprint of: Best, Heinrich (1997): Strategien und Strukturen parlamentarischer Repräsentation einer antiparlamentarischen Partei. Die Reichstagsfraktion der NSDAP 1928-1933, in Arnd Bauerkämper et al. (Hrsg.), *Gesellschaft ohne Eliten? Die Führungsgruppen in der DDR als Gegenstand der zeithistorischen Forschung*, Metropol: Berlin, S. 231-248.

mörderischen Rassismus gelten. Das Phänomen eines „eliminatorischen Antisemitismus“ wäre damit in Deutschland zwar nicht voll erfaßt, denn Daniel Goldhagen diagnostiziert ihn als eine mächtige Unterströmung auch in anderen Gesinnungsgemeinschaften jenseits der NSDAP, doch hätte er sich hier unverschleiert und am radikalsten offenbart.¹

Das jüngst erschienene Buch von William Brustein „The Logic of Evil. The Social Origins of the Nazi Party 1925-1933“² wirkt wie ein Kontrapunkt zu einer solchen Deutung, obwohl es als unabhängige Parallelpublikation tatsächlich keine unmittelbare Auseinandersetzung mit Goldhagens Thesen enthält. Ausgehend von der Annahme, daß politische Bindungen und Handlungen von Individuen in Nutzenkalkülen begründet sind, interpretiert Brustein die Mobilisierungserfolge der NSDAP vor 1933 als das Ergebnis ihres Appells an die materiellen, genauer: ökonomischen Interessen großer Teile der Bevölkerung, während „irrationale“ Stimuli, die er mit den Topoi Antisemitismus und extremer Nationalismus verbindet, nach diesem Argument nur eine „marginale Bedeutung“ für den Aufstieg des Nationalsozialismus hatten.³ Eine Kombination sozialprotektionistischer und wirtschaftsnationalistischer Konzepte mit den Rezepten keynesianischer Wirtschaftspolitik habe in den Krisenjahren nach 1928 vor allem für selbständige Gewerbetreibende, gelernte Arbeiter und Landwirte eine attraktive und den Angeboten anderer Parteien überlegene Alternative eröffnet: „It was not because they were evil that Germans flocked to the Nazi party before 1933, nor did they perceive the NSDAP as representing evil. Rather many Germans calculated that of the competing Weimar political parties the Nazis offered them the best prospects for a better life. In particular in the midst of the great depression, the Nazi party alone crafted economic programs that in the perception of many Germans could redress their grievances or provide the means to greater social mobility.“⁴

Das empirische Fundament dieser Deutung bildet eine repräsentative Stichprobe der Mitglieder der NSDAP zwischen 1925 und 1933 aus den Karteien des Berlin Document Center. Dieses Vorgehen hat gegenüber ökologischen Wahlanalysen den Vorteil, im unmittelbaren Zugriff repräsentative Individualdaten zu liefern.⁵ Im Ergebnis kann Brustein einen deutlichen Zusammenhang

¹ Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996, S. 109 ff.

² William Brustein, *The Logic of Evil. The Social Origins of the Nazi Party 1925-1933*, New Haven u. London 1996.

³ Ebenda, S. 50 ff., 181 u.ö.

⁴ Ebenda.

⁵ Die Daten wurden durch eine von William Brustein und Jürgen Falter geleitete Forschergruppe erhoben. Zur Stichprobenziehung und zum Variablenplan vgl. Brustein, *Origins*, S. 17 ff. u. 185 ff. Vgl. auch Jürgen W. Falter, *Wer wurde Nationalsozialist? Eine Überprüfung von Theorien über die Massenbasis des Nationalsozialismus anhand neuer Datensätze zur NSDAP-Mitgliedschaft 1925-1932*, in: *Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven zur Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen*. Festschrift

zwischen den ökonomischen Anreizen des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms und der Struktur der NSDAP-Mitgliedschaft feststellen:

The empirical findings show that the members of the old middle class, married male white-collar employees, workers in import-oriented industries, and skilled blue-collar workers constituted the back bone of the Nazi Party's membership before 1933. These groups found NSDAP programs particularly appealing.⁶

Allerdings wird der direkte Zugriff auf Individualdaten mit dem Erfordernis erkauft, in einem weiten Inferenzschritt von dem Kollektiv der NSDAP-Mitglieder auf das der NSDAP-Wähler zu schließen, wenn – was für Brustein gilt – auch verallgemeinernde Aussagen über die Gründe nationalsozialistischer Wahlerfolge beabsichtigt sind. Dies ist problematisch, denn spezifische Interessenorientierungen von Mitgliedern, die sich auf Positionen und Karrieren im Parteiapparat und ihrer Gliederungen richten, können z. B. nicht auf das Elektorat verallgemeinert werden.

Es ist hier nun keine Einzelkritik an Brusteins Werk beabsichtigt, die u. a. der Frage nachzugehen hätte, ob nicht auch das antisemitische Programm der NSDAP einen „rationalen“ Bezug auf materielle Interessen hatte: Eine „Arisierung“ der Wirtschaft und der freien Berufe eröffnete vor allem einer besitz- und bildungsbürgerlichen Klientel Appropriationschancen, die umstandslos in die Ertragsfunktion eines nutzentheoretischen Modells einzubauen wären. In diesem Beitrag werden jedoch solche Erwägungen ausgeblendet, denn sie berühren nicht den Kern des Arguments, daß es primär ökonomische Interessen, „pocket-book politics“, waren, die den Aufstieg der NSDAP erklären.

Im Mittelpunkt steht hier die Frage, ob auch auf der Ebene parlamentarischer Interessenrepräsentation jene ökonomisch instrumentierte Mobilisierungsstrategie ihren Niederschlag hinterlassen hatte, die Brustein als das Erfolgsrezept der NSDAP auf dem Weg zur Macht diagnostiziert und als prägenden Faktor ihrer Mitgliederstruktur erkannt hat. Insbesondere soll geklärt werden, ob bei der Rekrutierung der Abgeordneten der NSDAP-Fraktion Strategien symbolischer Interessenrepräsentation wirksam wurden, die auf die Spezialklientele nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik zielten: Landwirte, kleine Selbständige und Arbeiter. Damit wird ein institutioneller Bereich des politischen Systems in den Blick genommen, der als ein „Scharnier“ zwischen dem Parteiapparat und der Wählerschaft wirkte. Der Bezugspunkt der Untersuchung wechselt also von den Motiven der Parteibindung von Mitgliedern und Wählern zu den Kalkülen und Strategien der Selektorate, die über Kandidaturen und ihre Reihung nach Wahlchancen entschieden. Die empirische Grundlage der Untersuchung bildet eine Sozialdemographie der Reichstagsabgeordnete-

für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Helge Grabitz u. a., Berlin 1994, S. 20-41.

⁶ Brustein, *Origins*, S. 179.

ten in den Jahren zwischen 1918 und 1933, bei der speziell solche Indikatoren ausgewählt wurden, die auf ihre Verbindung mit den Interessensphären des Wirtschaftssystems und die Art ihres Anschlusses an die Apparate der Parteiorganisationen hindeuten.⁷ Die Daten wurden nach den großen Parteien und Richtungsgruppen der Schlußphase der Weimarer Republik aufgegliedert, um einen direkten Vergleich der Rekrutierungsbedingungen der Mandatsträger und der Auswahlkalküle der Selektorate zu ermöglichen.⁸

Die Orientierung der Untersuchung auf den Reichstag bedarf der Begründung, denn die klassischen konstitutionellen Funktionen einer Zentralinstitution der parlamentarischen Demokratie hatte er 1930 mit der Etablierung eines Präsidialsystems verloren, das auf parlamentarische Mehrheiten bei der Gesetzgebung und der Regierungsbildung verzichtete. Zwei Jahre später gewannen die antiparlamentarischen Protestparteien NSDAP und KPD erstmals die absolute Mehrheit der Sitze, was sie zu einer wohlinstrumentierten Obstruktion der demokratischen Institutionen nutzten.⁹ Bereits in der Fünften Wahlperiode des Weimarer Reichstags (September 1930-Juli 1932) votierten beide Parteien in mehr als neun von zehn Abstimmungen gemeinsam, zumeist gegen die Fraktionen der früheren Weimarer Koalition.¹⁰ Der Funktionsverlust des Reichstags und seine Pervertierung zum Instrument opportunistischer Obstruktionspolitik im Zusammenspiel der extremen Flügelparteien war die wesentliche Voraussetzung für die „legale Revolution“ der nationalsozialistischen Machtergreifung.

Die Degradierung des Reichstages der ausgehenden Weimarer Republik zum Resonanzboden antiparlamentarischer Protestparteien und das wenig

⁷ Die Daten sind Auszüge aus der Datenbasis „Abgeordnete deutscher Nationalparlamente 1848-1933“ die unter Leitung des Autors und mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft seit 1982 aufgebaut wurde. Vgl. u. a. Heinrich Best, Die Abgeordneten der deutschen Reichstage 1919-1933. Datenhandbuch, Köln 1988 (mimeo). Ergebnisse zur Weimarer Republik wurden u. a. veröffentlicht in ders., Mandat ohne Macht. Strukturprobleme des deutschen Parlamentarismus 1867-1933, in: ders. (Hrsg.), Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 175-222.

⁸ Die Definition der Variablen und die Aufgliederung nach Parteifamilien folgt den Standards des durch Maurizio Cotta und den Autor geleiteten und durch die European Science Foundation geförderten Projekts „The Transformation of Political Representation in Europe-Parliamentary Elites 1848-1933“ (DATA-CUBE Projekt). Besonderer Wert wurde auf die zutreffende Identifikation des bei Selbstauskünften häufig durch funktionale Kalküle verfälschten „Hauptberuf bei Mandatsantritt“ gelegt. Zu den Quellengrundlagen vgl. Heinrich Best, Projekt „Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland 1848-1953“ (Be 796/2-2). Schlußbericht, Köln 1988 (mimeo). Vgl. auch Heinrich Best u. Wilhelm Heinz Schröder, DFG-Projekt Biographisches Handbuch der Mitglieder Deutscher Nationalparlamente (BIORAB) 1848-1933. Endbericht, Köln 1993 (mimeo).

⁹ Vgl. Reinhard Figge, Die Opposition der NSDAP im Reichstag, Diss. rer. pol., Köln 1963.

¹⁰ Errechnet nach Heinz Markmann, Das Abstimmungsverhalten der Parteifraktionen in deutschen Parlamenten, Meisenheim am Glan 1955.

rühmliche Verhalten der Akteure auf der parlamentarischen Bühne mögen erklären, warum er weniger im Zentrum der Forschung stand als die Wählerbewegungen und die außerparlamentarischen Elitenstrategien im Vorfeld der nationalsozialistischen Machtergreifung.¹¹ Und dennoch eröffnet er einen spezifischen Zugang zur Rekonstruktion der Bedingungskonstellationen und Abläufe im Prozeß der Zerstörung der Weimarer Demokratie: Der Reichstag war eine Arena, in der sich die antiparlamentarischen Gegeneliten unter dem Schutz parlamentarischer Immunität formierten, ein Fokus der Wählermobilisierung und das Hauptexerzierfeld antiparlamentarischer Obstruktionspolitik. Der vorliegende Beitrag befaßt sich mit den beiden ersten der drei genannten Aspekte, und hier speziell mit der Struktur der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die – einschließlich der Nachrücker – von 1928 bis 1933 von dreizehn auf 288 Mitglieder anwuchs. (Tab. 1) Mit dieser dramatischen Zunahme waren zugleich tiefgreifende strukturelle Veränderungen verbunden, in denen sich der Wandel der NSDAP von einer obskuren Randgruppe in eine Massenpartei auf einer breiten Organisations- und Wählerbasis manifestierte.

Welche Erkenntnis läßt sich nun von der Untersuchung einer Parlamentsfraktion erwarten, die sich der Zerstörung eben jener Institution verschrieben hatte, der sie ihrer Existenz verdankte, und die ihre Uniformität bis hin zur Kleiderordnung betonte? Auch wenn die Vertretung der NSDAP im Reichstag sich fast ausschließlich destruktiv am parlamentarischen Prozeß beteiligte, unterlag sie doch bis März 1933 in ähnlicher Weise wie die anderen Parteien den Bedingungen und Mechanismen parlamentarischer Repräsentation in einer kompetitiven Demokratie. Repräsentation läßt sich allgemein als Ergebnis einer Interaktion von Elektoraten, Selektoraten – d. h. der am Prozeß der Kandidatenaufstellung beteiligten Instanzen – und der Kandidaten beschreiben, in der die ideellen und materiellen Interessen der beteiligten Akteure und Akteursgruppen konvergieren.¹² Wähler erwarten von „ihren“ Abgeordneten eine authentische und konsequente Vertretung jener primären Anliegen, die sie zur Wahl veranlaßt haben, Selektorate – dies waren in der Weimarer Republik zumeist die Parteiführungen –, eine nach ihren Maßstäben loyale, kompetente und für die Wähler attraktive Ausübung des Mandats, Bewerber hingegen die mit dem Amt verbundenen materiellen und immateriellen Vorteile. Im Prozeß der Kandidatenauslese verbinden sich eher symbolische Aspekte, die auf den Wählern zugewandte „Außenflächen“ parlamentarischer Repräsentation verweisen, mit den internen Organisationsinteressen der Parteien, zu denen auch

¹¹ Vgl. u. a. Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung 1933, Paderborn u. a. 1984 und Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung eines totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln 1960.

¹² Heinrich Best/Maurizio Cotta, Introduction, in: dies. (Hrsg.), Parliamentary Representatives in Europe 1848-2000. Legislative Recruitment and Careers in Eleven European Countries, Oxford 2000.

eine „angemessene“ Vertretung von Richtungsgruppen und Parteiformationen gehört. Das Wahlrecht verteilt in diesem mehrgliedrigen Prozeß der Selektion und Selbstselektion Einflußchancen auf die verschiedenen beteiligten Akteure. In der Weimarer Republik, in der ein reines Verhältniswahlrecht praktiziert wurde, hatten übergeordnete Parteiinstanzen, die die Aufnahme in die Kandidatenlisten kontrollierten, in diesem Verfahren das entscheidende Wort.¹³ Zugleich hatten, da die Wähler über Listen und nicht über Einzelkandidaten abstimmten, Kollektivmerkmale und die Gesamtkomposition der Listen eine besondere Bedeutung.

Der komplexe Prozeß der Abstimmung zwischen symbolischen und instrumentellen Kriterien der Kandidatenauslese und -platzierung, der sich bei den etablierten Parteien der Weimarer Republik in der Regel eher inkremental, im Rahmen formal institutionalisierter Verfahren, auf der Grundlage älterer Ansprüche und Proporzgesichtspunkte vollzog, trug bei der NSDAP in ihrer Expansionsphase nach 1928 zunächst improvisierte Züge und verlief in konflikthaft-turbulenten Formen.¹⁴ Die Rebellion der Berliner SA im Vorfeld der Reichstagswahl von 1930, mit der u. a. ihre stärkere Berücksichtigung bei der Vergabe von Reichstagmandaten brachial durchgesetzt werden sollte, ist nur das markanteste Beispiel für die „innerorganisatorischen Reibungen und Cliquenkämpfe, die die nationalsozialistischen Wahlvorbereitungen mit zunehmender Regelmäßigkeit begleiteten“.¹⁵ In die gleiche Richtung verweisen die zähen Kulissenkämpfe um die Nominierung der von der Strasser-Gruppe gewünschten Bewerber. Welcher Entscheidungsdruck sich im Wachstumsprozeß der NSDAP-Fraktion bis 1932 aufbaute, wird daraus ersichtlich, daß rund neun von zehn Abgeordneten der NSDAP im Reichstag von 1930 und noch einmal fast sechs von zehn ihrer Abgeordneten im Juli-Reichstag von 1932 Neumitglieder waren. (Tab. 3) Insgesamt erhielten zwischen dem Mai 1928 und dem September 1933 339 Abgeordnete der NSDAP ein Mandat im Reichstag, gegenüber 162 bei der KPD, 135 beim Zentrum und BVP und 93 bei der DNVP. Zu Beginn der 1930er Jahre war der Erwerb von Mandaten eine attraktive und aussichtsreiche Karriereoption für ehrgeizige NSDAP-Mitglieder geworden.

¹³ Bernhard Vogel/Rainer-Olaf Schulze, Deutschland, in: Dolf Sternberger/Bernhard Vogel (Hrsg.), Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Ein Handbuch, Bd. 1, Berlin 1969, S. 256.

¹⁴ Peter Hubert, Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992, S. 336 ff. Vgl. zur Innenseite der Auseinandersetzungen auch: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil I: Aufzeichnungen von 1924-1941, 4 Bde., hrsg. v. Elke Fröhlich, München 1987, insbes. Bd. 1.

¹⁵ Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972, S. 417.

Die Mitgliedschaft im Reichstag, die einen Anspruch auf Immunität, Diäten und Freifahrkarte begründete, besaß einen besonders hohen Anreiz.¹⁶

Die Konkurrenz um Mandate war allerdings zunächst weitgehend ungeordnet, da die Bewährung in einer Parteikarriere, die bei den etablierten Parteien der Weimarer Republik in der Regel einer aussichtsreichen Listenplatzierung vorausging, in der jungen, erst 1925 wiederbegründeten NSDAP kein Auswahlkriterium sein konnte. Obwohl Hitler 1932 eine Partei-Mitgliedsnummer von unter 300 000 zur Voraussetzung für eine Kandidatur gemacht hatte, um die seit den ersten großen Wahlerfolgen der Partei zuströmenden „Septemberlinge“ abzuwehren,¹⁷ waren die Angehörigen der NSDAP-Fraktion deutlich, im Durchschnitt um etwa zehn Jahre jünger als die Mandatsträger von SPD, Zentrum/BVP und DNVP. (Tab. 2) Ein etwas kleinerer, aber immer noch beachtlicher Altersabstand bestand bei den Neumitgliedern. (Tab. 15) Auch die geringe Altersdifferenz zwischen NSDAP-Parteimitgliedern und den Neumitgliedern ihrer Reichstagsfraktion bestärkt die Vermutung einer schwach ausgeprägten „Karrierisierung“ des Zugangs zum Mandat. Nach den Wahlerfolgen von 1930 und im Juli 1932 hatten die Reichstagsneulinge der NSDAP nur 5,5 und 4,5 Jahre den übrigen Parteimitgliedern voraus.¹⁸ In die gleiche Richtung verweist das geringe Ausmaß vertikaler Positionsverflechtungen bei den NSDAP-Abgeordneten. Maximal 7% hatten vor Antritt des Reichstagsmandats kommunale Mandate und Ämter ausgeübt gegenüber 23% bis 50% in den anderen Fraktionen (Tab. 11); ein ebenfalls deutlich unterdurchschnittlicher Anteil hatte in einem einzelstaatlichen Parlament gesessen. (Tab. 14) Die Abgeordneten der NSDAP in den Reichstagen seit 1930 waren danach weit überwiegend und ausgeprägter noch als die der KPD „homines novi“ in den Handlungsfeldern institutionell geregelten Politikbetriebs. Ihr Anspruch auf ein Mandat ließ sich zumeist nicht mit Amtserfahrung und älteren Verdiensten im „cursus honorum“ einer geregelten Parteikarriere begründen. Die Patronage mächtiger Protektoren, die Pression von Gefolgschaften und der Eingriff der Parteiführung hatten in der NSDAP deshalb eine besondere strukturprägende Bedeutung für den Rekrutierungsprozeß.

Durch ein formalisiertes Verfahren und die Festlegung allgemeiner Richtlinien war die NSDAP seit Anfang der 1930er Jahre bemüht, die eskalierenden Cliquenkämpfe um die begehrten Mandate zu kanalisieren und die Führung der Partei aus den Querelen außerhalb und zwischen den Parteigliederungen herauszuziehen. Im Vorfeld der Wahlen vom Juli 1932 wurde deshalb die Koordination der Kandidatenaufstellung zwei „Reichswahlleitern“ (Wilhelm Kube

¹⁶ Hubert, Reichstag, S. 303 ff. Zur Bedeutung der Immunität in den rechtsförmlichen Auseinandersetzungen der NSDAP mit Repräsentanten vgl. Goebbels, Tagebücher, Bd. 1.

¹⁷ Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 266.

¹⁸ Brustein, Origins, S. 174, Tab. 5.2a.

und Wilhelm Frick) übertragen¹⁹ und von Hitler ein allgemeiner Kriterienkatalog für die Auswahl der Bewerber vorgegeben, in dem neben dem Prinzip der Mandatskontinuität u. a. festgelegt wurde, daß die Hälfte der sicheren Plätze SA und SS zugute kommen sollten und einige Agrarexperten auf aussichtsreichen Listenpositionen zu nominieren seien.²⁰ Bemerkenswert ist hier die Verbindung zwischen einem Verteilungsmodus des internen Parteiproporz mit einem auf Wählerwirkung zielenden Kriterium ökonomischer Interessenrepräsentation. Tatsächlich wurde die Struktur der Reichstagsfraktion der NSDAP spätestens vor der Wahl vom Juli 1932 bewußt im Hinblick auf propagandistische Wirkung als ein symbolisches Komplement ihres wirtschafts- und sozialpolitischen Programms zugeschnitten. Die letzten Entscheidungen über die Aufstellung der Listen lagen in den Händen von Hitler und dem im Juni 1932 zum „Reichsorganisationsleiter“ der Partei ernannten Gregor Strasser, wobei letzterer bei der Plazierung der Kandidaten, mit Ausnahme jener von SS, SA und HJ, weitgehend freie Hand hatte.²¹ Im Ergebnis reflektierte die Zusammensetzung der Listen eine Strategie der Machtübernahme, die über eine Kombination ökonomischer Interessenrepräsentation, den Aufbau organisatorischer Parallelstrukturen und Gefolgschaftstreue gegenüber dem „Führer“ das Weimarer „System“ auszuhebeln trachtete:

The NSDAP candidates appeared to the voters as politicized representatives of the German estates; Strasser insisted that the final slates show a wide cross section of occupational groups, and that the candidates list their party position to demonstrate the NSDAP's microcosmic structure. At the same time, the party preserved its image of a thoroughly political band of followers of Adolf Hitler. Once selected as candidates the party members took a personal oath of obedience to Hitler, since it is necessary that they obey blindly ... The ‚Strasser list‘ was thus a group of totalized followers, broadly representative of the occupational and social groups in German society, but also single-mindedly devoted to absolute political goals.²²

Die Struktur der NSDAP-Reichstagsfraktion weist deutliche Spuren dieser Doppelorientierung auf. Wegen des Prinzips der Mandatskontinuität überdauerte sie auch das von heftigen Konflikten begleitete Ausscheiden Gregor Strassers aus der Parteiführung im Dezember 1932.

Wesentlich stärker als die „bürgerlichen“ Parteien und auf etwa gleichem Niveau wie die Vertretung der SPD wurde die NSDAP durch Inhaber von Leitungsfunktionen in den Parteiorganisationen und -gliederungen dominiert. (Tab. 16) Zwar ging dieser Anteil seit Anfang der 1930er Jahre etwas zurück, aber über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg blieb die NSDAP-

¹⁹ Zu der von Hubert nicht erwähnten Einsetzung von Kube als „Reichswahlleiter“ vgl. Orlow, *History*, S. 267.

²⁰ Ebenda, S. 266.

²¹ Ebenda, S. 267 f.

²² Ebenda, S. 268.

Fraktion ein „Ausschuß“ des Apparats der Partei und ihrer Gliederungen. Dieses Bild wird modifiziert, wenn man auch die Anteile hauptamtlicher Partei- und Verbandsfunktionäre betrachtet. (Tab. 6) Hier schwankt der Wert für die NSDAP-Fraktion zwischen 36% (1933) und 39% (1928). Er liegt damit etwa auf dem Niveau des Zentrums, aber deutlich unter dem der beiden „Arbeiterparteien“ SPD und KPD, deren Reichstagsfraktionen etwa zur Hälfte (SPD) und bis zu drei Vierteln (KPD) durch Berufsfunktionäre besetzt wurden. Die spezifische Organisationskultur der deutschen Arbeiterbewegung mit der Zentralfigur des „Arbeiterbeamten“ hatte in ihrer parlamentarischen Vertretung deutliche Spuren hinterlassen,²³ während die NSDAP in ihrem durch gravierende finanzielle Engpässe belasteten Wachstumsprozeß zunächst stärker auf Improvisationen und die Mitwirkung nebenamtlicher Funktionäre angewiesen blieb. Um so willkommener waren die Möglichkeiten, die der Gebrauch (und Mißbrauch) der Rechte des Abgeordneten zur Alimentation der Parteiapparate und ihrer Abschirmung vor dem Durchgriff der Rechtsorgane der Weimarer Republik eröffnete. Der letztere Aspekt mag auch die relativ hohen Anteile der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in den NSDAP-Fraktionen erklären, die seit 1930 deutlich über den entsprechenden Werten in der allgemeinen Mitgliedschaft (1928-1932: 4%) lagen (Tab. 5). Tatsächlich bestanden in Preußen (seit 1929) und auf Reichsebene (seit 1930) formelle Verbote für öffentliche Bedienstete, der NSDAP beizutreten; verschärfte Bestimmungen galten für die Mitgliedschaft in den paramilitärischen Organisationen SA und SS.²⁴ Die Übernahme eines parlamentarischen Mandats verhinderte durch seinen Immunitätsschutz auch die disziplinarrechtliche Verfolgung durch den Dienstherrn und eröffnete damit NSDAP-Mitgliedern im öffentlichen Dienst zumindest vorläufig einen geschützten politischen Handlungsraum.

Der Anteil jener Abgeordneten, die nicht unmittelbar durch Berufsausübung dem Staatsdienst oder den Parteiapparaten und der Peripherie ihrer zugeordneten Verbände zuzurechnen sind, steckte den Spielraum der Parteien für die symbolischen Stimuli und instrumentellen Strategien ökonomischer Interessenrepräsentation ab. Im Fall der NSDAP-Fraktion war dieser Spielraum seit 1930 größer als bei den übrigen Parteien, denn sie hatte weniger hauptamtliche Funktionäre als die KPD oder SPD und weniger Staatsbedienstete als DNVP oder Zentrum/BVP und Liberale in ihren Reihen. Er wurde hauptsächlich und zunehmend im Sinne symbolischer Interessenrepräsentation eingesetzt, um Landwirte, kleine Selbständige und gewerbliche Arbeiter zu attrahieren. Seit Juli 1932 hatte die NSDAP von allen großen Parteien und Richtungsgruppen

²³ Vgl. auch Wilhelm Heinz Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen. Ein Handbuch, Düsseldorf 1995.

²⁴ Vgl. die Zusammenstellung bei Brustein, Origins, S. 169, Tab. 5.1. Zu den Anteilen von Angehörigen des öffentlichen Dienstes an der NSDAP-Mitgliedschaft ebenda, S. 175, Tab. 5.3.

der Weimarer Republik den höchsten Anteil von Landwirten und kleinen Selbständigen in ihrer Reichstagsfraktion. (Tab. 7 u. 8) Sie löste in dieser Hinsicht das Zentrum und die DNVP als Interessenvertretung der Landwirte, Liberale und Zentrum/BVP als Interessenvertretung der kleinen Selbständigen ab. Auch hatte sie von allen Parteien mit Ausnahme der KPD den höchsten Arbeiteranteil. (Tab. 10) Insgesamt entwickelte sich der Anteil von Angehörigen der drei genannten Zielgruppen symbolischer Interessenrepräsentation in der NSDAP-Fraktion von 23,1% (1928) über 38,2% (1930) auf den höchsten Stand von 53,9% im Juli 1932 und nach einem Rückgang auf 46,7% in der Novemberwahl 1932 wieder auf zuletzt 52,1% im März 1933. Den repräsentationsstrategischen Spielraum, den die NSDAP mit ihren Wahlerfolgen seit 1930 gewonnen hatte, nutzte sie also vor allem, um speziell jenen sozio-ökonomischen Interessengruppen Kompetenz und Verbundenheit zu signalisieren, die im Fokus ihrer wirtschaftspolitischen Agitation standen und denen sie besondere Zuwendung verhielt.²⁵ Es gab eine deutliche Entsprechung symbolischer Interessenrepräsentation und zielgruppenspezifischer Wählerwerbung. Tatsächlich wirkte die Reichstagsfraktion der NSDAP in den 1930er Jahren wie ein interessenpolitisches Widerlager ihres ökonomischen Programms.

Die Befunde stützen insofern William Brusteins nutzentheoretisches Argument. In einem Handlungsmodell, das ökonomischen Interessenkalkülen eine zentrale Bedeutung bei der Entwicklung von Parteipräferenzen zuordnet, sind „Glaubwürdigkeit“, „Eindeutigkeit“ und „Nachdrücklichkeit“ der Interessenrepräsentation ausschlaggebende Kriterien der Wahlentscheidung – dies vor allem dann, wenn die programmatischen Unterschiede zu bestimmten Themen zwischen Parteien nicht sehr ausgeprägt sind. Die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit des Eintreffens einer bestimmten Handlungsfolge – hier: einer favorablen wirtschafts- oder sozialpolitischen Maßnahme – bestimmt danach die Richtung des Handelns – hier: die Wahl einer Partei.²⁶ Woraus folgt: „The party that appears to Citizens to expend more of its resources for the cause should be more likely recipient of their support.“²⁷ Tatsächlich „investierte“ die NSDAP seit 1930 einen größeren Anteil ihrer Kandidaten und Mandate als andere Parteien in den engeren Zielgruppenbereich ihres wirtschaftspolitischen Programms. Dies sollte die Mobilisierung von Wählern aus diesen Sektoren begünstigt haben.

Gegen eine solche Deutung der Rekrutierung der NSDAP-Fraktion läßt sich allerdings einwenden, daß im Konflikt zwischen den Strategien ökonomischer

²⁵ Ebenda S. 63 ff. u. Orlow, *History*, S. 262 ff.

²⁶ Vgl. Ronald Heiner, *The Origin of Predictable Behaviour*, in: *American Economic Review*, 73 (1983), S. 560-589. Dieser Logik folgend legte auch die NSDAP-Organisationsleitung im Vorfeld der Juli-Wahl im Jahr 1932 besonderen Wert auf verlässliche und zutreffende Berufsangaben der NSDAP-Kandidaten in ihren Selbstauskünften. Vgl. Orlow, *Origins*, S. 268, Anm. 123.

²⁷ Brustein, *Origins*, S. 24.

Interessenrepräsentation und den Versorgungsansprüchen der Repräsentanten des Apparates die Funktionsträger der Partei einen bevorzugten Zugriff hatten. Dies zeigte sich etwa bei der Novemberwahl 1932, als der Rückgang der Mandatszahl der NSDAP-Fraktion von einem Anstieg des Anteils der hauptamtlichen Funktionäre und der Inhaber hoher Parteiämter begleitet war. (Tab. 1, 6 u. 16) Diese Verschiebung war allerdings nicht sehr ausgeprägt, und sie setzte sich bei dem bereits repressionsgestützten Wahlerfolg im März 1933 nicht weiter fort. Arbeiter, kleine Selbständige und Landwirte – von denen ja viele zugleich in herausgehobenen ehrenamtlichen Parteifunktionen tätig waren – stellten selbst im November 1932 fast die Hälfte der NSDAP-Reichstagsabgeordneten. (Tab. 7, 8, u. 10) Schwerer wiegt der Einwand, daß auch die anderen Parteien der Weimarer Republik das Instrumentarium symbolischer Interessenrepräsentation mit ähnlicher Konsequenz und teilweise im gleichen Zielgruppenspektrum wie die NSDAP einsetzten. So stellten Landwirte und kleine Gewerbetreibende im September 1930 32,3% der Mitglieder der DNVP-Fraktion und 39,5% der Abgeordneten von Zentrum und BVP (NSDAP: 27,3%). (Tab. 7 u. 8) Arbeiter, die in den „bürgerlichen“ Parteien kaum vertreten waren, erhielten bei den Kommunisten seit 1930 mehr als ein Drittel der Mandate. (Tab. 10) Die NSDAP unterschied sich eher im Mischungsverhältnis der Interessenrepräsentation von ihren Konkurrenten: Während die kleinbürgerliche und bäuerliche Komponente bei KPD und SPD fast vollständig fehlte, trug die Vertretung der NSDAP im Vergleich zu den „bürgerlichen“ Parteien, bei denen noch Restbestände älteren Honoratiorenparlamentarismus überdauert hatten, nicht nur wegen des Arbeiteranteils einen Zug sozialer Deprivation, zumindest aber geringerer Saturierung. Darauf verweisen auch das niedrigere Bildungsniveau der NSDAP-Abgeordneten (Tab. 4), ihre mangelnde Ämtererfahrung, vor allem auf der kommunalen Ebene (Tab. 11), und ihr deutlich geringeres Alter. (Tab. 2) Besonders markant war hier der Unterschied zur DNVP, in deren Fraktion der Anteil der Unternehmer zwischen 1930 und 1933 von 6,5% auf 18,5% (Tab. 9) und der des Adels von 11,3% auf 16,7% stieg.²⁸ Sozialprotektionismus für den alten Mittelstand und Mobilitätsverheißung für die Nichtsaturierten waren die programmatisch-propagandistischen Korrelate des Repräsentationsmusters der NSDAP.

Dies bedeutet allerdings nicht, daß die Strategien einer „catch-all-party“ grundlegende ideologische Maximen der NSDAP außer Kraft gesetzt hätten. Nicht nur im Hinblick auf ihre rassistischen Doktrinen galt eine strikte Anwendung askriptiver Kriterien der Kandidatenauslese: Frauen waren im Gegensatz zu den anderen Parteien der Weimarer Republik bei der NSDAP zu Kandidaturen nicht zugelassen. (Tab. 13) Die geringen, zwischen 1930 und 1933 bei den anderen Parteien weiter sinkenden Frauenanteile lassen allerdings vermuten,

²⁸ Heinrich Best, *Elite Structure and Regime (Dis)continuity in Germany 1867-1933: The Case of Parliamentary Leadership Groups*, in: *German History* 8 (1990), S. 14, Fig. 2.

daß auch bei den Konkurrenten der NSDAP die symbolische Repräsentation durch weibliche Abgeordnete keine weiterreichende wahlstrategische Option war. Paradoxerweise könnte die konsequente Anwendung des Ausschlusses von Frauen in ihrer politischen Vertretung im Hinblick auf ökonomische Kriterien symbolischer Interessenrepräsentation der NSDAP sogar einen Glaubwürdigkeitsvorsprung eingebracht haben.

Cum grano salis unterstützen also die Ergebnisse einer Strukturanalyse der NSDAP-Reichstagsfraktion Brusteins „ökonomische Interpretation“ der NSDAP-Mobilisierungserfolge nach 1928. Die Phase des „take-offs“ der NSDAP als Massenpartei koinzidierte mit der Drapierung ihrer Reichstagsfraktion als Vertretung der bedrohten und deprivierten Schichten des deutschen Volkes. Ohne durch eine spezifische Konfessions- oder Klassenbasis begrenzt zu sein (Tab. 12) und ungehindert durch die Rücksichtnahme auf die Zwänge praktischer Regierungstätigkeit, konnte die NSDAP sozial weiter ausgreifen und radikaler fordern als ihre Konkurrenten, deren Begrenzung auf bestimmte Milieus und Positionen sozialer Saturierung auch in der Struktur ihrer parlamentarischen Vertretung deutlich aufscheint. Der Verweis der nationalsozialistischen Rassedoktrin in die Sphäre des ökonomisch „Irrationalen“ scheint allerdings voreilig zu sein. Der Ausschluß einer bestimmten Kategorie der Bevölkerung von begehrten Positionen konnte durchaus mit einem Nutzenkalkül verbunden werden, wie dies u. a. der fulminante Antisemitismus in Verbänden der Freiberufler bereits vor 1933 zeigt. Nicht nur der Staat war eine Beute, die die Nationalsozialisten in den Jahren des Aufstiegs ihren Anhängern verheißen konnten.

Im langen Gang der deutschen Parlamentsgeschichte blieben Strategien symbolischer Interessenrepräsentation und Praktiken der Mediatisierung von Parlamentsfraktionen durch Parteiapparate, die ja nicht nur die NSDAP, sondern mit unterschiedlicher Konsequenz auch die anderen Parteien in der ausgehenden Weimarer Republik verfolgten, eine Episode. Sie waren Ausdruck einer Auffassung, die dem parlamentarischen Handlungsfeld Autonomie und Eigenrationalität absprach und Repräsentation entweder demographisch durch Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Großgruppen oder durch Mitgliedschaft in interessenaggregierenden Organisationen herstellen wollte. Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat, wie die der übrigen westlichen Demokratien nach 1945, einen anderen Verlauf genommen. Strategien symbolischer Interessenrepräsentation spielen als Kriterien parlamentarischer Rekrutierung kaum mehr eine Rolle.²⁹ Abgeordnete, die den „berufsständischen“ Kategorien der Landwirte, Arbeiter, kleinen Gewerbetreibenden und Unternehmer zuzuordnen sind, haben

²⁹ Heinrich Best, Politische Modernisierung und Elitenwandel 1848-1996. Die europäischen Gesellschaften im intertemporal-interkulturellen Vergleich, Vortrag vor dem 28. Deutschen Soziologentag, Dresden 1996 (Ad-hoc-Gruppe „Historisch-komparative Analysen zu Demokratisierungsprozessen in modernen Gesellschaften“).

im gegenwärtigen Bundestag einen Anteil von 11,2% gegenüber 41,4% im März-Reichstag des Jahres 1933 (unter Einschluß der Kommunisten). Der Anteil der hauptberuflichen Partei- und Verbandsfunktionäre liegt heute bei 12,5% gegenüber mehr als 40% in den Reichstagen der ausgehenden Weimarer Republik.³⁰ „Responsivität“, d.h. die durch Wahlerwartungen verstärkte und gerichtete Antwortbereitschaft der Eliten auf wesentliche Anliegen der Bevölkerung, und nicht demographische oder ständische Repräsentativität wird heute als das entscheidend legitimierende Kriterium kompetitiver Demokratien betrachtet.³¹ Im offenen Konkurrenzkampf um die Macht werden andere strukturprägende Mechanismen wirksam, wie etwa das von R. D. Putnam formulierte Gesetz der zunehmenden Disproportionalität der Elitenrekrutierung, das besagt, daß mit zunehmender Positionshöhe der Anteil der durch Bildung, Status, ethnische Herkunft etc. begünstigten Sozialkategorien zunimmt.³²

Die Tradition einer Volksvertretung, die in einem strukturgestaltenden Akt als demographisches Abbild der „verschiedenen Klassen, Schichten und Bevölkerungsgruppen“ zugeschnitten und durch Loyalität oder persönliche Abhängigkeit an ein außerparlamentarisches Machtzentrum gebunden wurde, fand dagegen in der Volkskammer der DDR ihre Fortsetzung.³³ Als Produkt ausgeklügelter arithmetischer Manipulationen sollte eine „geplante Nation en miniature“ entstehen, mangelnde demokratische Legitimation durch demographische Abbildungstreue kompensiert werden.³⁴

Auch das „Einfrieren“ dieser Struktur in einer fixierten proportionalen Gewichtung von Großorganisationen, Parteigliederungen und „ständischen“ Gruppen verweist auf den antiparlamentarischen Parlamentarismus der ausgehenden Weimarer Republik, wobei die „Strasser-Liste“ von 1932 gegenüber den Hervorbringungen der Kaderabteilungen der DDR noch ausgeprägtere Züge der Improvisation aufwies. Andererseits: was wir heute als unerfreuliche Disproportionen in fast allen parlamentarischen Demokratien des Westens beklagen, wie etwa ein weit überdimensionaler Anteil von Abgeordneten aus dem Staats-

³⁰ Heinrich Best/Christopher Hausmann, *The German Data Cube 1848-1996. Listing of the Cube Variables by Period and Party Families*, Jena, April 1996 (mimeo).

³¹ H. Uppendahl, *Repräsentation und Responsivität. Bausteine einer Theorie responsiver Demokratie*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 12 (1981), S. 123-134; Dietrich Herzog, *Der Funktionswandel des Parlaments in der sozialstaatlichen Demokratie*, in: ders. u. a. (Hrsg.), *Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie*, Opladen 1993, S. 23 f. u. ö.

³² Robert D. Putnam, *The Comparative Study of Political Elites*, Englewood Cliffs 1976, S. 33 ff.

³³ *Handbuch der Volkskammer*, 3. Wahlperiode, Berlin 1959, S. 18.

³⁴ Wolf Mersch, *Volksvertreter in West und Ost. Das Sozialprofil von Bundestagsabgeordneten und Delegierten der Volkskammer*, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht*, 2. erw. Aufl., München 1965, S. 30 f.; Peter J. Lapp, *Wahlen in der DDR. Wählt die Kandidaten der Nationalen Front!*, Berlin 1982; Hans-Jürgen Brandt, *Die Kandidatenaufstellung zu den Volkskammerwahlen der DDR*, Berlin 1983.

dienst (Bundestag 1994: 50,3%) und – trotz diverser „Quotenregelungen“ – eine unterproportionale Vertretung von Frauen (Bundestag 1994: 26,3%), ist das ungeplante Ergebnis eines „autopoetischen“ Systems der Elitenrekrutierung, das kaum durch steuernde Eingriffe zu beeinflussen ist. Betrachten wir die Alternativen aus der Distanz historischer Erfahrung, so dürfte uns dennoch und nicht nur unter dem Gesichtspunkt erfolgreicher Auswahl politischer Führer die Entscheidung nicht leichtfallen, welcher der Vorzug zu geben ist.

Anhang

Tabelle 1: Abgeordnete im Reichstag 1928-1933 (einschließlich Nachrücker)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	55	158	79	102	80	13	509
1930	80	147	86	79	62	110	593
1932 I	88	134	94	14	43	232	608
1932 II	102	121	87	15	56	201	586
1933	65	123	98	8	54	288	639

Tab. 2: Durchschnittsalter der Reichstagsfraktionen

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	38,9	50,3	52,8	51,5	50,8	42,1	49,6
1930	38,2	50,5	51,9	49,8	50,4	38,4	46,7
1932 I	37,7	49,7	50,4	50,9	52,5	38,7	44,1
1932 II	37,6	49,2	50,6	50,8	51,2	39,5	44,3
1933	39,2	49,9	50,1	46,1	51,9	40,0	44,6

Tab. 3: Neumitglieder (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	54,5	19,6	16,5	28,4	18,9	61,5	26,3
1930	52,5	19,0	26,7	30,4	43,5	87,3	41,5
1932 I	37,5	13,4	23,4	7,1	20,9	57,8	35,9
1932 II	21,6	3,3	0,0	33,3	17,9	7,0	9,4
1933	7,7	4,1	11,2	12,5	7,4	27,1	16,3

Tab. 4: Abgeordnete mit Universitätsabschluß (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	16,4	17,7	46,8	57,8	61,3	61,5	38,3
1930	7,5	19,7	45,3	55,7	54,8	37,3	33,9
1932 I	6,8	17,2	50,0	71,4	58,1	32,8	30,9
1932 II	4,9	18,2	52,9	73,3	62,5	33,3	31,9
1933	6,2	17,9	50,0	100,0	61,1	32,6	33,0

Tab. 5: Beruf bei Mandatsantritt: Öffentlicher Dienst (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	0,0	17,1	27,8	23,5	22,5	7,7	18,5
1930	5,0	15,6	27,9	24,1	29,0	19,1	18,7
1932 I	3,4	17,2	29,8	35,7	34,9	12,5	17,1
1932 II	2,9	15,7	29,9	33,3	28,6	14,4	16,9
1933	3,1	17,1	29,5	37,7	27,8	14,9	17,8

Tab. 6: Beruf bei Mandatsantritt: Partei- oder Verbandsfunktionäre (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	76,4	49,4	39,2	15,7	17,5	38,5	36,7
1930	56,3	49,7	39,5	24,1	21,0	37,3	38,3
1932 I	58,0	47,8	38,3	28,6	18,6	36,2	40,6
1932 II	58,8	49,6	40,2	13,3	14,3	38,3	41,9
1933	69,2	49,6	37,8	25,0	18,5	35,8	40,4

Tab. 7 Beruf bei Mandatsantritt: Landwirte* (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	1,8	0,0	19,0	6,9	26,3	7,7	11,8
1930	1,3	0,7	18,6	3,8	19,4	11,8	11,5
1932 I	2,3	0,7	17,0	0,0	18,6	21,6	13,0
1932 II	2,9	0,8	17,2	13,3	16,1	18,9	12,1
1933	3,1	0,0	18,4	12,5	18,5	20,5	14,4

* einschließlich Landarbeiter

Tab. 8: Beruf bei Mandatsantritt: Kleine Selbständige (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	1,8	0,6	21,5	21,6	18,6	7,7	13,8
1930	1,3	1,4	20,9	22,8	12,9	15,5	13,2
1932 I	3,4	2,2	17,0	0,0	9,3	19,4	12,0
1932 II	2,9	1,7	17,2	6,7	14,3	16,9	11,3
1933	3,1	1,6	16,3	0,0	16,7	19,8	13,8

Tab. 9: Beruf bei Mandatsantritt: Unternehmer (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	0,0	0,0	1,3	13,7	8,8	7,7	4,5
1930	0,0	0,0	4,7	10,1	6,5	4,5	3,5
1932 I	0,0	0,7	6,4	21,4	11,6	6,0	4,8
1932 II	0,0	0,0	6,9	20,0	17,9	7,0	5,6
1933	0,0	0,0	6,1	0,0	18,5	5,9	5,2

Tab.10: Beruf bei Mandatsantritt: gewerbliche Arbeiter (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	9,1	7,0	0,0	2,9	0,0	7,7	4,1
1930	35,0	2,7	0,0	2,5	0,0	10,9	7,8
1932 I	34,1	3,7	0,0	0,0	0,0	12,9	10,7
1932 II	34,3	1,7	0,0	6,7	0,0	10,9	10,4
1933	21,5	1,6	1,0	0,0	0,0	11,8	8,0

Tab. 11: Funktionen in der lokalen Selbstverwaltung (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	36,4	48,7	32,9	33,3	30,0	0,0	36,5
1930	26,3	45,6	31,4	25,3	30,6	5,5	28,3
1932 I	22,7	41,0	28,7	28,6	27,9	6,9	22,4
1932 II	23,5	39,7	25,3	26,7	23,3	6,5	21,3
1933	26,2	35,8	23,5	50,0	24,1	6,9	18,9

Tab. 12: Katholische Konfessionszugehörigkeit (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	0,0	4,4	100,0	11,8	7,5	46,2	23,4
1930	0,0	4,8	98,8	13,9	9,7	24,5	24,1
1932 I	0,0	4,5	100,0	14,3	7,0	19,0	25,0
1932 II	0,0	2,5	100,0	6,7	8,9	18,9	23,4
1933	0,0	4,9	98,0	12,5	9,3	19,8	26,1

Tab. 13: Frauenanteil (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	5,5	13,3	5,1	4,9	2,5	0,0	6,9
1930	12,5	11,6	5,8	2,5	6,5	0,0	6,4
1932 I	10,2	10,4	6,4	7,1	7,0	0,0	5,4
1932 II	10,8	9,9	4,6	6,7	5,4	0,0	5,3
1933	10,8	9,8	5,1	0,0	3,7	0,0	4,1

Tab. 14: Mitgliedschaft in Länderparlamenten vor Antritt des Reichstagsmandats (Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	32,7	31,6	34,2	35,3	28,8	23,1	32,0
1930	21,3	34,7	31,4	30,4	31,4	16,4	27,8
1932 I	20,5	35,8	25,5	28,6	32,6	13,8	23,4
1932 II	19,6	32,3	26,4	46,7	30,4	14,4	23,4
1933	26,2	33,3	24,5	50,0	31,5	11,5	21,3

Tab. 15: Durchschnittsalter der Neumitglieder

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	37,2	44,9	50,2	46,9	49,1	38,3	44,4
1930	35,7	42,8	45,4	45,8	47,4	37,5	40,6
1932 I	32,0	41,1	43,2	52,0	48,0	37,5	38,0
1932 II	34,6	36,9	.	48,3	46,8	42,3	40,1
1933	36,6	44,2	46,9	38,0	49,2	39,7	40,9

Tab.16: Leistungsfunktionen in Parteiorganisationen und -gliederungen
(Prozente Fraktionsmitglieder)

	KPD	SPD	Z/BVP	Lib.	DNVP	NSDAP	Alle
1928	54,9	66,4	38,1	42,4	29,8	80,0	50,4
1930	46,6	65,8	37,5	37,8	31,4	74,1	50,9
1932 I	52,3	65,5	34,8	33,3	30,4	63,1	54,0
1932 II	45,5	62,6	34,4	60,0	25,0	64,9	52,3
1933	51,0	61,9	28,4	52,9	33,3	63,8	52,9